

Kopf des Tages

Am liebsten verteidigt er die Verhassten

Alan Dershowitz Der polemische Anwalt, der für Donald Trump arbeitet, hat schon O. J. Simpson freibekommen.

Jean-Martin Büttner

«Es gibt nur eines, das für Sie spricht», sagt der Anwalt zum Angeklagten, einem britischen Parvenu, der seine reiche Frau umgebracht haben soll: «Alle hassen Sie.» – «Immerhin», gibt dieser lakonisch zurück. Die Szene stammt aus «Reversal of Fortune», dem exzellenten Gerichtsfilm von 1990. Er basiert auf der wahren Geschichte des Anwalts, der den Angeklagten wider Erwarten freibekommen hat: Alan Dershowitz. Der Mann ist eigensinnig, ausfällig und umstritten. Und einer der bekanntesten und erfolgreichsten Anwälte Amerikas.

Alan Dershowitz kam 1938 in Brooklyn als Sohn orthodoxer Juden zur Welt und fiel schon in der Schule durch seine Streitlust auf. Er studierte Jurisprudenz und spezialisierte sich auf Verfassungs- und Strafrecht.

Mit 28 Jahren wurde er Professor an der Harvard Law School. Er hat fast 40 Bücher geschrieben, bezeichnet sich als liberalen Juden, als Kämpfer für die freie Rede, strenge Waffengesetze, die Legalisierung von Folter. Und für Israel.

Politisch gehört Dershowitz den Demokraten an, kritisierte aber auch eine Bürgerrechtsorganisation für ihren prononcierten Linkskurs. Wird er selber kritisiert, schlägt er mit Vehemenz zurück. Mit Wort, Schrift und Klage. Er ist der Geist, der stets verneint – der Mephistoteles der amerikanischen Justiz.

Vor allem hat sich Alan Dershowitz auf die Verteidigung von hoch umstrittenen Prominenten abonniert. Leute wie Patty Hearst, Mike Tyson, Harvey Weinstein, Jeffrey Epstein, Julian Assange und viele andere.



Die meisten Prozesse hat er gewonnen, spektakulär den gegen O. J. Simpson. Dershowitz liebt es, gegen vorgefasste Meinungen anzutreten.

Kein Wunder, dass ihn Donald Trump in sein Anwaltsteam geholt hat, um das Impeachment gegen ihn abzuwenden. Dass Dershowitz wiederholt Trump öffentlich kritisierte, kann diesem egal sein; die Erfolgsbilanz des Anwalts bringt dem Präsidenten mehr als dessen Zuneigung. Ausserdem hat sich Dershowitz schon vor zwei Jahren gegen die Amtsenthebung des Präsidenten ausgesprochen.

Diese Woche hat der vitale 81-Jährige im Senat eine besonders kühne These abgefeuert: dass Donald Trump als Präsident das Recht habe, fast alles für seine Wiederwahl zu unternehmen. Also auch in einem fremden Land gegen einen politischen Rivalen zu

intrigieren, wie das Trump in der Ukraine tat. Diese Behauptung brachte Dershowitz scharfe Kritik ein.

In einem Interview mit dem Trump-Sender Fox News konterte er wortreich. Natürlich stehe auch der Präsident nicht über dem Gesetz. Aber es sei doch klar, dass jeder Politiker mit einem Auge auf das öffentliche Interesse schaue und mit dem anderen auf seine Wiederwahl. Viele Politiker seien überzeugt, diese Ziele seien identisch. Legitim sei diese Haltung allemal.

Ob Trumps Wiederwahl dem Interesse Amerikas dienen würde – das hat Fox News Alan Dershowitz nicht gefragt. In einem Interview mit der «Zeit» hatte er einmal gesagt, diese Frage müssten die Wähler im kommenden November entscheiden.

Er kann sogar diplomatisch sein.

Leserbriefe

«Wohnen ist kein Privileg»

Bodenpreise Wohnungspolitik ist die beste Sozialpolitik, *TA vom 28. 1.*

Unterschiede nicht weiter fördern Rudolf Strahm bringt es auf den Punkt. Wir müssen der Spekulation mit unserem Boden ein Ende setzen. Eine Wohnung zu finden, die in vertretbarer Distanz zu Arbeitsplatz und Schulen liegt, muss für die Menschen aller Bevölkerungsschichten möglich sein. Wir dürfen die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft nicht weiter befördern. Ich unterstütze deshalb die Wohnungsinitiative, die genossenschaftliches Wohnen fördern will. Wohnen ist ein Recht, kein Privileg!

Claudine Gautschi, Rheinfelden

Eine unsoziale Idee

Der von mir hochgeschätzte Rudolf Strahm bringt gute Argumente. Sein Plädoyer für genossenschaftlichen Wohnungsbau ist aber nicht zu Ende gedacht. Wenn die Bürgerinnen und Bürger gemeinnützige Bauträger unterstützen sollen, muss das Resultat auch den Menschen zugutekommen, die darauf angewiesen sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Willkür beginnt schon mit der Vergabe solcher Wohnungen. Jede und jeder möchte natürlich lieber Kosten- statt Markt-miete bezahlen. Die Genossenschaften behaupten, sie schauen auf eine ausgeglichene Mieterschaft in Bezug auf Alter, Einkommen, In- und Ausländer etc. Hier kann bereits der erste Willkürakt passieren: Warum nicht Mieter nach politischen Kriterien auswählen? Oder Autobesitzer verbannen? Nach einigen Jahren wird sich die ursprüngliche Mieterschaft

unweigerlich verändern. Kinder werden gross und fliegen aus. Scheidungen und Todesfälle führen dazu, dass eine grosse Wohnung schliesslich noch einer einzigen Person zur Verfügung steht. Auch Veränderungen finanzieller Natur führen zu Verwerfungen des sozialen Gefüges. Und eine links-grüne Verwaltung – sofern sie überhaupt von solchen Veränderungen erfährt –, wird bestimmt nicht ein Kontrollregime aufziehen, um bisherige Mieter zu vertreiben. Was als soziale Idee daherkommt, kann im Ergebnis im höchsten Mass unsozial sein. Wir schaffen damit eine Schicht von Schmarotzern auf Kosten von 90 Prozent der Bevölkerung.

Roland Popert, Ossingen

Fehlleistung der Linken

Einmal mehr wettet Herr Strahm zu Recht gegen die unersättlichen Ausbeuter. Wie gewohnt aber wird die eigentliche Ursache der Wohnungsnot und die Verknappung des Baulands nicht beim Namen genannt: die stets ansteigende Zahl der Bevölkerung, welche naturgemäss die Nachfrage nach Wohnraum primär fördert und auch in der Infrastruktur gigantische Sachzwänge schafft, deren mögliche und immer teurere Erfüllung auch an ihre Grenzen stösst. Die historische Fehlleistung der Linken ist die konsequente, fast religiöse Ausklammerung dieses grundlegendsten Themas nicht nur der Schweiz, sondern auch für die ganze Welt, die auch überall an ihre natürlichen Grenzen stösst.

Peter Meyer, Uitikon

Nahostkonflikt Trump stellt «Zweistaatenlösung» vor, *TA vom 29. 1.*

Ein schlechter Witz

Seit 40 Jahren arbeite ich mit anderen Engagierten an Brücklein zwischen jüdischen und palästinensischen Menschen. Dies auf Augenhöhe in gegenseitigem Respekt. Ohne Einbezug der Palästinenser wird kein Frieden möglich sein. Was da in Washington zelebriert wurde, ist meines Erachtens zum Scheitern verurteilt. Mit Recht und Gerechtigkeit hat dieser Jahrhundert-

plan nichts zu tun. Deshalb sind die Proteste von Palästinensern berechtigt.

Jochi Weil-Goldstein, Zürich

Gefahr für die Sicherheit

Es ist eine Frechheit, wenn die Regierungen der USA und Israels von einer Zweistaatenlösung sprechen. Dieser zynische «Friedensplan» gefährdet die Sicherheit der Juden weltweit.

Max Leuzinger, Bonstetten

Gastkommentar

Menschen aus Eritrea verdienen unseren Schutz

Die Schweiz unterstütze in Eritrea Projekte in der Berufsbildung mit 6 Millionen Franken, so titelten in den vergangenen Tagen grosse Schweizer Tageszeitungen. Es ist nicht das einzige Schweizer Engagement in Eritrea. Gleichzeitig war zu lesen, dass die Schweiz 4,6 Millionen Euro in den European Union Emergency Trust Fund eingezahlt habe. Dieser Fonds hat Eritrea mit 20 Millionen Euro für Strassenbauprojekte alimentiert, bei denen der Verdacht besteht, dass Zwangsarbeiter zum Einsatz kommen.

Das finanzielle Engagement der Schweiz in Eritrea suggeriert, seit dem Friedensvertrag mit Äthiopien vor eineinhalb Jahren habe sich das Blatt gewendet. Afrika-Kenner, Menschenrechtsorganisationen und das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte kommen aber zu einem anderen Schluss: Die Verhältnisse hätten sich seit dem Friedensschluss nicht substantiell gebessert.

In Eritrea besteht noch immer ein hermetisches, repressives System unter dem Militärdiktator Isayas Afewerki. Auch der unbefristete Nationaldienst, der für viele Menschen Zwangsarbeit bedeutet, wird vom Regime noch immer fortgeführt.

Dass sich an der Situation nichts geändert hat, hat gute Gründe. Es ist das Wesensmerkmal der Diktatur, dass sie repressiv bleiben muss, um zu überleben. Sobald sie gelockert wird, wird sie instabil und droht zu zerfallen. Sobald die Repression nachlässt, begehren die Opfer von Unrechtsregimes auf und versuchen es zu stürzen. Deshalb verstärken Diktaturen ihre repressiven Strukturen eher, als sie zu schwächen. Dieser Umstand trägt auch dazu bei, dass Diktaturen eine grosse Langlebigkeit besitzen, wie die Geschichte zeigt. Es ist auch der Grund, weshalb es in Eritrea unter dem jetzigen Regime kaum zu Reformen kommen wird.

Selbstverständlich ist es wertvoll, wenn die Schweiz in Eritrea die Bildung fördert. Die zentrale Frage aber ist: Haben die Jugendlichen dank der Ausbildung tatsächlich bessere Perspektiven in diesem Überwachungsstaat, in dem es keine Verfassung, kein Parlament, keine unabhängige Justiz und keine Freiheit gibt?



Hoffnungslose Lage: Eritreische Flüchtlinge im Sudan. Foto: Sally Hayden (Getty)

Was nützt ihnen ihre Ausbildung, wenn ihnen Zwangsarbeit droht? Weshalb gibt es keine echte Zusammenarbeit mit der eritreischen Regierung und keine wirkliche Öffnung nach aussen? Und weshalb hat das IKRK noch immer keinen Zugang zu eritreischen Gefängnissen?

Hier liegen die Ursachen dafür, dass eritreische Asylsuchende nicht freiwillig nach Eritrea zurückkehren. Sie haben Angst – begründete Angst. Das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen, das Wegweisungen ausspricht, anerkennt, dass der Nationaldienst tatsächlich Zwangsarbeit darstellt und dass Misshandlungen, Folter und sexuelle Übergriffe weitverbreitet sind. Weil die Misshandlungen allerdings nicht «flächendeckend» vorkämen, sei eine Rückkehr möglich. Wer aber würde unter solchen Bedingungen freiwillig zurückkehren? Nicht einmal ein Monitoring von rückreisewilligen Personen ist unter der jetzigen Regierung möglich.

Die Stimmung gegenüber eritreischen Flüchtlingen ist in der Schweiz nicht gut. Eine starke Eritrea-Lobby, repräsentiert durch den eritreischen Honorarkonsul Toni Locher und das Schweizerische Unterstützungskomi-

tee für Eritrea, ergreift in der Öffentlichkeit immer wieder offen Partei für die eritreische Diktatur und bezeichnet die Asylsuchenden pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge. Dieser Gruppe schenkt man in der Gesellschaft und der Politik meiner Meinung nach zu viel Gehör, weil die grosse eritreische Flüchtlingsgruppe bedrohlich wirkt und sich zu einem sozialen Kostentreiber entwickeln könnte.

Letztlich sind es aber Menschen. Wenn sie keine direkte Bedrohung in ihrem Land erfahren, sollen sie kein Asyl in der Schweiz erhalten, aber zumindest eine humanitäre Aufnahme auf Zeit, damit sie nicht in der Nothilfe verelenden, sondern menschenwürdig leben können. Für ein Land wie die Schweiz, das sich einer humanitären Tradition rühmt und Depositarstaat humanitärer Organisationen ist, wäre das das Minimum.



Daniel Winkler

Der reformierte Pfarrer von Riggisberg BE setzt sich mit der «Aktionsgruppe Nothilfe» für Flüchtlinge in der Schweiz ein.